

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Depression oder Aufschwung

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

Lieber Christian,

jetzt ist das in der Nachkriegsgeschichte beispiellose Paket zur Stützung der Konjunktur also von unserer Großen Koalition beschlossen. Über 17 Milliarden öffentliche Gelder für Staats-Investitionen in Bausanierungen (Kindergärten, Schulen, Universitäten) und Neubaumaßnahmen (Straßen, Krankenhäuser, Städtebau, Schienen und schnellere Internetnetze).

Gerade lese ich, dass Du als Präsident des Deutschen Städtetages davor warnst, die Realisierung des Programms in den Städten und Gemeinden durch Antragsverfahren zu behindern, „die zur Folge haben, dass in den kommenden Monaten gar nichts passiert“. Das ist völlig richtig, auch dass die Zuständigkeit für diese Gelder nicht in praxisfernen Zentralen versandt wird. Im Folgenden einige Vorschläge meinerseits: Bis zum 20. Februar – wenn alle parlamentarischen Hür-

den genommen sind – sollte jeder Ministerpräsident persönlich wissen und politisch dafür einstehen können, was in seinem Land bzw. in seinem Freistaat faktisch und ab sofort für die Umsetzung geschieht, um das tote Finanzkapital dieses Programms in lebendiges Sachkapital – verbesserte Verkehrswege, Bildungseinrichtungen und andere Zukunftsstätten – umzuwandeln. Jetzt und in den nächsten 20 Monaten. Jeder Bürgermeister sollte einen Zeitplan vorlegen und veröffentlichen, innerhalb dessen sein von ihm für das Programm vorgeschlagenes Projekt verwirklicht werden kann. Und an diesem Zeitplan sollte er öffentlich gemessen werden.

Und jeder regionale Volksvertreter (egal ob für Bund, Land, Gemeinde, Landkreis oder Bezirk) sollte darüber wachen – wie ein Sekretär des Volkes –, dass dieser Zeitplan eingehalten wird. Und weil jedenfalls dieses Konjunktur-

programm II ausdrücklich aufgelegt wurde, um Investitionen in Deutschland anzukurbeln (und nicht in Portugal oder in Polen), sollten dafür unsere Bauämter von der Pflicht einer EU-weiten Ausschreibung der Aufträge befreit werden. Die Bundesregierung wird bei den hohen EU-Herren Barroso und Verheugen die Genehmigungen dafür erwirken müssen. Bis dahin sollten durch eine vorläufige Genehmigung des Bundes Aufträge vor allem an regionale, am besten ortsansässige Firmen vergeben werden.

Jedes Land sollte auch einen seiner Minister zum Sonder-Beauftragten ernennen, der ab sofort wöchentlich und bis zum 31. Dezember 2010 Parlament und Öffentlichkeit über den Gang des Programms unterrichtet. Es geht ja nicht um Investitionen aus irgendwelchen Privatschatullen (die kämen nur, wenn die Steuern wirklich radikal gesenkt würden), sondern um schuldenfinanzierte Anlageinvestitionen, deren Rückzahlung Vater Staat, Mutter Merkel und Peer Steinbrück den Steuerzahlern von morgen auferlegen wollen.

Der erste Beweis für die Richtigkeit dieses Maßnahmenpakets kann durch eine außergewöhnliche Anstrengung der politischen Amtsträger aller Ebenen gezeigt werden. Depression oder Aufschwung.

Nota bene: Dein Stück über Obama und die Wiedergeburt des amerikanischen Ansehens hat mir auch gefallen. Etwas beschönigend war Dein Schnörkel in Sachen Vietnam-Krieg, dass damals „der politisch wache Teil der Jugend“ demonstriert hätte. Die seinerzeitigen Mao-Marx-Marcuse-Demonstranten hatten bei all ihrem Freiheitsdrang ja kein Problem, sich den Sowjets anzubiedern und ihnen Europa auszuliefern. Wenn man sie heute darauf anspricht, ist ihre „Wachheit“ von damals die Wachheit früherer Schlafwandler, die sich an nichts mehr erinnern können oder wollen. Auch in der Rückschau wirkt nach dieser Krise des Westens US-Präsident Ronald Reagan wie eine Wohltat. Reagan hatte übrigens nach seiner Wahl mit radikalen Steuersenkungen auf unter 30 Prozent einen Konjunkturboom ausgelöst, der noch heute ohne Beispiel ist.

Herzliche Grüße
Dein Peter Gauweiler